

PINNEBERG aktuell

Newsletter der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Ausgabe 2/Jahrgang 2015

www.cdu-kreistag-pinneberg.de

EDITORIAL

Liebe Parteifreunde!

Der Kreistag soll zu Pinneberg stehen!

Mitglieder anderer Fraktionen im Kreistag regen immer mal wieder das Thema an, dass nach dem Umzug der Verwaltung nach Elmshorn der Kreistag dort auch regelmäßig tagen und Pinneberg somit nicht mehr Kreisstadt sein sollte. Zur Erinnerung: Durch baufällig gewordene Gebäudeteile der Kreisverwaltung waren wir seinerzeit gezwungen, über Sanierung oder Neubau nachzudenken. So war nach Beschluss des Kreistages ursprünglich ein Neubau nach ÖPP-Modell in Pinneberg, am Güterbahnhof, geplant. Der Investor hielt sich jedoch nicht an den zeitlichen vereinbarten Ablauf, sodass man sich letztendlich, auch bedingt durch eine angespannte Haushaltslage, für eine Anmietung von Gebäudeteilen in Elmshorn entschloss.

Wichtiger Teil der Beschlussvorlage war und ist: Der Kreis verbleibt in Pinneberg und Pinneberg wird somit seinem Status als Kreisstadt gerecht. So tagt seit 2010 der Kreistag im Ratssaal der Stadt und der Kreispräsident bezog für repräsentative Zwecke einen Raum im Obergeschoss der Landdrostei.

Mir ist sehr wohl bewusst, dass die Pinneberger Innenstadtkaufleute durch den Wegzug der Kreisverwaltung mit seinen Mitarbeitern einen wirtschaftlichen Verlust erlitten haben. Manchem Verwaltungsangestellten mag der Umzug nicht leicht gefallen sein, aber in Pinneberg standen uns einfach keine passenden Räumlichkeiten zur Verfügung.

Umso wichtiger ist, dass wir dennoch als Pinneberger Kreistag Flagge zeigen und weiterhin im Pinneberger Ratssaal tagen. Denn wir sind hier trotz der Enttäuschung über den Umzug gut aufgenommen worden. Der Ratssaal ist repräsentativ, hat das nötige Equipment und ist günstig in der Miete. Beides würde uns auch in Elmshorn belasten. Darüber hinaus müsste der entsprechende Raum dort einschließlich einer Lautsprecheranlage mit Bandaufnahmemöglichkeit kostspielig nachgerüstet werden und wäre außerdem viel kleiner und beengter. Einen Saal in der Größe des Ratssaals hält die Örtlichkeit der Kreisverwaltung in Elmshorn nicht vor. Das ebenso angesprochene Parkplatzproblem in Pinneberg existiert eigentlich nur für diejenigen, die nicht in der Lage sind, einige Schritte zu gehen. Meines Wissens gilt dies für niemanden der Kreistagsmitglieder. Denn auch in Elmshorn muss man in der Lage sein, den Weg vom Parkplatz bis zum Haupteingang zu Fuß zu bewältigen.

Für mich persönlich gibt es somit keinen Grund, einer Verlegung des Tagungsortes zuzustimmen, oder sogar die Kreisstadt nach Elmshorn zu verlegen. Darüber können wir sowieso nicht entscheiden. Die Entscheidung obliegt dem Land.

Und eigentlich denke ich mir, dass wir im Kreis Pinneberg drängendere Probleme haben, um die es sich wirklich zu kümmern lohnt. Gerade das aktuelle Problem der steigenden Flüchtlingszahlen in Schleswig-Holstein und die Unterbringung der Asylsuchenden in den Kommunen des Kreises bedürfen unseres ganzen Engagements. Die Verbesserung der Infrastruktur, mit der Beseitigung der Mängel an unseren Kreisstraßen und vieles mehr, bedürfen unserer ganzen Aufmerksamkeit.

Darum: Reale Probleme angehen und keine neuen produzieren, die nicht vorhanden sind.

Ihre Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende



Flüchtlinge

Genossen in Kiel über Interessen des Kreises gestellt

Auf der vergangenen Kreistagssitzung hat sich die CDU-Fraktion mit einer Resolution für eine verbesserte Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern eingesetzt. Die Resolution scheiterte am Widerstand der anderen Fraktionen – allen voran an SPD und Grünen, die hier ersichtlich den Schutz ihrer Genossen bzw. Parteikollegen in Kiel über die Interessen des Kreises Pinneberg gestellt haben.

Unsere sechs Forderungen an das Land wären ein starkes Zeichen gegen die derzeit stattfindende Abwälzung von Landesaufgaben auf die Kommunen gewesen. Klar ist, dass wir uns auch vor Ort im Kreis Pinneberg Gedanken über unsere Arbeitsteilung zwischen Kreis, Städten und Gemeinden machen müssen. Wenn aber die für das Asylverfahren wichtigste Ebene, das Land, als Akteur nahezu völlig ausfällt, dann wäre eine Resolution des bevölkerungsreichsten Kreises in Schleswig-Holstein – bei aller berechtigten Skepsis gegenüber solchen Papieren im Übrigen – ein wichtiges Signal für eine gerechte Lastenverteilung gewesen.

Denn die Landesregierung reagiert auf die stark steigenden Fallzahlen bislang nur mit Ankündigungen und zögerlichen Nachbesserungen. Dabei wäre es für die Landesregierung ein Leichtes, den Kommunen flexib-

lere Lösungen zu ermöglichen. Bislang können beispielsweise nur die Kreise Gemeinschaftsunterkünfte einrichten, für die das Land dann anteilig Personal finanziert. Diese Regelung macht wenig Sinn, da durch das Bauplanungsrecht die Gemeinden bei der Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften heute schon das letzte Wort haben.



Kreistagsabgeordneter
Nicolas Sölter

Auch gibt es keinen sachlichen Grund, die Unterbringung außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften wie bislang schlechter zu stellen, indem das Land hier überhaupt kein Personal bezuschusst. Im Gegenteil sehen Fachleute in der dezentralen Unterbringung, wie sie im Kreis Pinneberg gewährleistet wird, größere Chancen für eine frühzeitige Integration. Wir hätten es daher sehr begrüßt, wenn der Kreistag die Landesregierung mit unserer Resolution dazu aufgefordert hätte, auch hier ihre Verwaltungspraxis zu ändern und eine Förderung nicht länger an der Frage nach Gemeinschaftsunterkünften festzumachen. Schließlich sollte nicht die Form der Unterbringung, sondern die Anzahl der Fälle über finanzielle Unterstützung entscheiden.

Die derzeitige Auslastung bringt alle Beteiligten an ihre Leistungsgrenzen. Dies gilt vor allem für die vielen ehrenamtlichen Helfer, ohne die ein Mindestmaß an flächendeckender Betreuung schon heute gar nicht möglich wäre. Die Landesregierung wälzt ihre Verantwortung auf die unterste Ebene ab, indem sie bei ihrer Verpflichtung zur Erstaufnahme völlig versagt. Gesetzlich vorgesehen ist eigentlich ein Aufenthalt in einer Erstaufnahmeeinrichtung von einhalb bis drei Monaten, tatsächlich werden die Bewerber in Schleswig-Holstein mittlerweile direkt oder nach nur wenigen Tagen auf die Kommunen verteilt. Nach Angaben der Diakonie findet noch nicht einmal eine gründliche medizinische Untersuchung statt, da immer wieder Menschen mit hochansteckenden, aber sehr leicht zu erkennenden Krankheiten, wie etwa Krätze, die Einrichtung verlassen. Für ein Auffangen dieses Versagens durch die Kommunen ist auch die Erhöhung der Betreuungspauschale von 64 Euro pro Quartal und Fall auf 95 Euro nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Landesregierung muss daher den viel zu zögerlichen Ausbau der Erstaufnahmekapazitäten deutlich beschleunigen, vor allem aber endlich eine angemessene Betreuung sicherstellen.

Wenn Herr Rossmann in den Medien mal wie-

der mehr Sprachkurse fordert, ist dies billige Polemik: Das Angebot von Sprach- und Integrationskursen im laufenden Asylverfahren ist Aufgabe des Landes – dort regiert die SPD und die Wartelisten für Sprachkurse übersteigen die Nachfrage um ein Vielfaches.

Angesichts dieser dramatischen Lage ist es ein weiterer Skandal, dass die Landesregierung Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt wurde, nicht konsequent in ihre Heimatstaaten zurückführt, sondern im Gegenteil einen Abschiebestopp für den Winter erlässt und so einen zusätzlichen Anreiz für Wirtschaftsflüchtlinge setzt. Die Last dieser nur vermeintlich menschlichen Politik tragen diejenigen, die unsere Hilfe wirklich benötigen: Die Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, die in ihrer Heimat um ihre bloße Existenz fürchten müssen.

Es ist bedauerlich, dass der Kreistag diese Chance zum lauten Protest ungenutzt gelassen und sich mit einem schönfärberischen Arbeitsauftrag für den Sozialausschuss begnügt hat. Hier zeigt sich einmal mehr, dass für die „Koalition der Vernunft“, wie sich die neue Koalition aus SPD, Grünen und FDP selbst bezeichnet, nicht die Qualität, sondern die Farbe eines Antrags entscheidet.

Nicolas Sölter

Die Resolution im Wortlaut

Der Kreistag beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion nachfolgende Resolution:

Mehr Flexibilität vor Ort ermöglichen – Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern verbessern

Der Pinneberger Kreistag fordert die Landesregierung dazu auf,

1. die Förderung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge im Sinne passgenauer Lösungen für die Kommunen zu flexibilisieren. Insbesondere müssen Gemeinden als Träger von Gemeinschaftsunterkünften anerkannt werden und eine Förderung auch im Falle einer Kooperation von Kreis und Gemeinden erfolgen.
2. die Verwaltungspraxis, nach der pro Gemeinschaftsunterkunft mit 100 Bewohnern drei bis vier Vollzeitstellen zu 70% durch das Land finanziert werden und die damit ohne sachlichen Grund die dezentrale Unterbringung

benachteiligt, zugunsten einer entsprechenden Pauschale aufzugeben, über deren sachgerechte Verwendung die Kreise vor Ort entscheiden.

3. die Erstaufnahmekapazitäten des Landes zügig auszubauen und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von derzeit zehn Tagen in den Erstaufnahmeeinrichtungen der in § 47 Abs. 1 AsylVfG vorgesehenen Aufenthaltsdauer von sechs Wochen anzunähern.
4. Asylbewerber, insbesondere solche aus sicheren Herkunftsstaaten, bei denen mit einer schnellen Durchführung des Asylverfahrens zu rechnen ist, grundsätzlich erst nach Abschluss des Asylverfahrens auf die Kommunen zu verteilen.
5. Asylbewerber, bei denen keine gesundheitsbedingten, humanitären oder politischen Abschiebehindernisse bestehen, im Falle einer negativen Bescheidung konsequent zurückzuführen, um die Situation für die Berechtigten – hierzu zählen vor allem Menschen aus Syrien und dem Irak – zu verbessern.
6. das Angebot an DAZ (Deutsch als Zweitsprache)-Unterricht endlich dem stark ansteigenden Bedarf anzupassen. Gleiches gilt für das Projekt STAFF (Starterpaket für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein) für Erwachsene und Jugendliche außerhalb schulischer Ausbildung.

KS

Abgeordnetenwort...

Heike Beukelmann

Birke und Bremer missbrauchen die Geschäftsordnung

Kreispräsident Burkhard E. Tiemann und ich als Fraktionsvorsitzende machen uns größte Sorgen um das Ansehen des Kreistages. Seit die FDP umgefallen ist und gemeinsam mit Rot/Grün eine Haushaltsmehrheit bildet, ist die Atmosphäre derart vergiftet, dass die Würde des Kreistages immer wieder nachhaltig beschädigt wird. Ich lasse dahin gestellt, ob es Machtbesessenheit ist oder ob ein Privatfeldzug, den die Fraktionsvorsitzenden von SPD

und FDP, Hannes Birke und Klaus Bremer, gegen den Kreispräsidenten führen, Auslöser für ihr grenzwertiges Verhalten ist. Dabei hatten gerade diese Fraktionen den Kreispräsidenten im Dezember per Beschluss aufgefördert, die Geschäftsordnung einzuhalten, die Rechte der Abgeordneten und die Würde des Kreistages zu wahren.

Ursache war die vorangegangene Sitzung, in der der Kreispräsident den sehbehinderten Abgeordneten Christian Saborowski schützen wollte. Lautstark forderten Birke und Bremer, dass dieser laut Geschäftsordnung einen mündlich eingebrachten Antrag schriftlich abzufassen und dem Präsidium vorzulegen hätte. Der Vorwurf, Burkhard E. Tiemann handele parteilich und nicht neutral, weil er den mündlichen Antrag als dem Präsidium zur Niederschrift gegeben gelten ließ, ist absurd und zeigt, wie berechnend die Mehrheitsfraktionen agieren, wenn es darum geht, den Kreispräsidenten zu diskreditieren.

Völlig unverständlich gestaltete sich das Verhalten der SPD dann in der Januar-Kreistagssitzung. Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, eine umfangreiche Beschlussvorlage, die erst einen Tag vorher übersandt worden war, in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen. Das ist, insbesondere angesichts des späten Eingangs des Antrages, keine Besonderheit, zumal kein Zeitdruck herrschte und kein Schaden für den Kreis drohte. Obwohl die Geschäftsordnung laut § 15.3 aussagt, dass „Anträgen auf Verweis in die zuständigen Fachausschüsse grundsätzlich stattzugeben sei, ausgenommen, dass nur durch unverzügliche Entscheidung Schaden vom Kreis abgewendet werden könne“, haben die genannten Fraktionen gegen den Verweisantrag gestimmt und einen klaren Verstoß gegen die Geschäftsordnung begangen, obwohl der Kreispräsident vor der Abstimmung extra auf die Geschäftsordnung hingewiesen hatte.

Anschließend wurde ihm sogar vorgeworfen, nicht unparteiisch zu handeln, obwohl (wie oben erwähnt) er gerade in der vorherigen Sitzung von denselben Fraktionen ermahnt wurde, sich an die Geschäftsordnung zu halten.

Offenbar gelten Verpflichtungen in der Geschäftsordnung aber nur für die CDU und die Rechte für die Mehrheitsfraktionen. Ich frage mich allen Ernstes, ob wir unter diesen Umständen noch eine Geschäftsordnung brauchen und man nicht besser einen Antrag stellen sollte, sie abzuschaffen. Wenn sie nur für die CDU bindend ist, macht sie wenig Sinn!

Ihre

Heike Beukelmann

Wer ist...

Christian Saborowski?

Ich bin seit über 40 Jahren in der CDU aktiv. In meiner Jugendzeit war ich Kreisvorsitzender der JU, später in gleicher Funktion mehrere Jahre in der CDA. In dieser Phase wurde ich auch Kreistags- und Stadtverordneter in Elmshorn.

Jugend-, Schul-, Umwelt- sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik waren von Beginn an Schwerpunkte meiner politischen Arbeit im



Christian Saborowski

Kreistag und als Stadtverordneter in Elmshorn.

Nach der Kommunalwahl 2013 wurde ich als Kreistagsabgeordneter zum Sozialpolitischen Sprecher ernannt und Mitglied des Hauptausschusses.

In meiner Heimatstadt bin ich seit 2003 wieder in der Kommunalpolitik

aktiv und ein engagierter Kämpfer gegen das Schuldenmachen auf Kosten unserer Kinder.

Auch auf Kreis- und Landesebene bin ich in der CDU dabei, wenn es darum geht, politische Inhalte mitzugestalten und dafür Mehrheiten zu finden. Die Vernetzung von Partei mit den von Bürgerinnen und Bürgern gewählten CDU Mandatsträgern ist ein wichtiges Ziel und Motivation für mein Engagement. Nach meinem Examen als Diplomkaufmann mit den Schwerpunkten EDV-Organisation, Rechts- und Sozialwissenschaften sowie Versicherungs-BWL war ich über 20 Jahre als Projektleiter mit der Umorganisation von Verwaltungsabläufen auf EDV-gesteuerte Verfahren tätig.

Heute bin ich selbständiger Unternehmensberater und zusammen mit meiner Frau als Gesellschafter/Geschäftsführer der BOS Beratung Office Service GmbH in der operativen Unterstützung von Unternehmen und Beratung bei Existenzgründungen aktiv.

Wenn es die Zeit erlaubt, verbringe ich mit meiner Frau gern meine Freizeit in der eigenen Ferienwohnung in Westerland, die wir ansonsten an Sylt-Liebhaber vermieten.

Noch eines sollten Sie wissen: Sie haben es im wahrsten Sinne des Wortes, mit dem blindesten Politiker im Kreis Pinneberg zu tun. Ich freue mich daher über jeden, der mich direkt anspricht. Denn ansonsten, würde ich Sie tatsächlich übersehen. Aus meiner Sicht wäre Das wirklich schade.

Kreis Pinneberg soll an Olympia partizipieren

Eine Fraktionsarbeitsgruppe, vertreten durch Tobias Löffler und den Kreistagsabgeordneten Veit Ghiladi sowie Erhard Wasmann, haben für die CDU einen Antrag auf den Weg gebracht, der sich mit der Möglichkeit der Einbindung des Kreises Pinneberg in die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele der Stadt Hamburg befasst.

Dieser Antrag wurde im letzten Ausschuss Schule, Kultur, Sport (SKS), am 8. Januar 2015, aufgerufen und nach kurzer Diskussion zur Beratung in die Fraktionen vertagt. Der Antrag wird im nächsten SKS-Ausschuss am 12. Februar 2015, wieder auf der Tagesordnung sein.

Im Wortlaut:

Der Kreis Pinneberg begrüßt die Bewerbung der Stadt Hamburg um die Olympischen und Paralympischen Spiele. Die Verwaltung wird daher beauftragt, sich um eine Beteiligung am Planungsprozess der Hamburger Olympia-Bewerbung zu bemühen und darauf hinzuarbeiten, dass:

- *der Kreis Pinneberg von Beginn an in das Bewerbungsverfahren einbezogen wird.*
- *der Kreis Pinneberg im Falle einer positiven Bürgerbeteiligung und einer erfolgreichen Bewerbung beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) an allen relevanten Sport-, Verkehrs- und sonstigen Infrastrukturmaßnahmen frühzeitig beteiligt wird.*
- *der entsprechende fraktionsübergreifende Beschluss des Landtags seitens des Kreises unterstützt wird.*

KS

Impressum

Herausgeber:

Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion und Produktion:

Kerstin Seyfert

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle

Lindenstrasse 19 • 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927

Fax: 04101 / 591761